

Positionspapier zu Versuchen an nicht-menschlichen Primaten in der Neurokognitionsforschung

Beschluss der Fraktion Grüne im Landtag von Baden-Württemberg am 17. Dezember 2013

1. Kernaussage

Die Fraktion GRÜNE teilt die ethischen Bedenken in der Gesellschaft gegenüber Tierversuchen an nicht-menschlichen Primaten. Ziel der Fraktion bleibt der Ausstieg aus der neurokognitiven Grundlagenforschung an diesen Tierarten.

2. Anlass

Öffentlich geförderte Forschung – u.a. im Rahmen der Exzellenzinitiative – an Primaten (Rhesus- und Krallenaffen) erfolgt in Baden-Württemberg derzeit ausschließlich am Standort Tübingen. Die neurowissenschaftlichen Arbeitsgruppen an den Einrichtungen in Tübingen, die Rhesusaffen bzw. Krallenaffen nutzen, arbeiten grundlagenwissenschaftlich an Themen, die zu neuen Ansätzen in der Medizin und zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise auch des menschlichen Gehirns beitragen sollen.

Diese Versuche werden in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert. Dabei stehen zwei Positionen gegeneinander:

- Tierschutz ist als Staatsziel im Grundgesetz aufgenommen. Die Unerlässlichkeit und die ethische Vertretbarkeit der Versuche sind die zentralen Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit von Tierversuchen. Versuche an nicht-menschlichen Primaten sind ethisch nicht vertretbar und müssten untersagt bzw. verhindert bzw. weitgehend eingeschränkt werden.
- Die im Grundgesetz festgelegte Forschungsfreiheit verpflichtet dazu, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, freie Forschung zu gewährleisten. Dazu gehört – unter strenger Berücksichtigung aller Einschränkungen durch die fachrechtlichen Regelungen – auch der Erhalt der Forschung an nicht-menschlichen Primaten.

3. Positionierung und Handlungsempfehlungen der Fraktion GRÜNE

- Eine kurzfristige Einstellung der Primatenversuche scheint vor dem aktuellen rechtlichen Hintergrund derzeit nicht möglich. Handlungsmöglichkeiten zur mittelfristigen Einstellung von Primatenversuchen setzen an der Frage der Nutzenabschätzung und an einer sorgfältigen Analyse der konkreten Belastungen an. Sowohl in der Qualität als auch in der Quantität der zur Verfügung stehenden Untersuchungen zu diesen Kriterien gibt es deutlichen Nachbesserungsbedarf.
- Die Fraktion GRÜNE betrachtet die gesellschaftliche Diskussion um Versuche an nicht-menschlichen Primaten im Spannungsfeld von Forschungsfreiheit und medizinischem Nutzen einerseits und ethischer Vertretbarkeit andererseits als einen Ausdruck gesellschaftlichen Wertewandels. Daher ist es **Aufgabe der Politik, Diskursmöglichkeiten und Transparenz** zu schaffen, so dass eine umfassende gesellschaftliche Meinungsbildung möglich ist, die im Ergebnis dazu führt, dass gesellschaftliche Auffassungen ihren Niederschlag im politischen Handeln finden. In diesem Sinne spricht sich die Fraktion GRÜNE dafür aus, den

begonnenen Dialogprozess zwischen Tierschutzverbänden und Wissenschaft zu den Primatenversuchen in Tübingen fortzusetzen und zu intensivieren.

- Die Fraktion GRÜNE nimmt die Argumente, die den **Nutzen von Primatenversuchen in Frage stellen**, sehr ernst. Zweifel werden von Tierschutzorganisationen, aber auch von verschiedenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geäußert. Dies betrifft insbesondere die Übertragbarkeit der Versuchsergebnisse auf den Menschen wegen der nicht-natürlichen Umgebung der Tiere und den evolutionären / biologischen Unterschieden zum Menschen.
- Die Fraktion GRÜNE erachtet auch vor diesem Hintergrund das von der Landestierschutzbeauftragten vorgeschlagene „**Fachforum Primaten**“ **als ein sinnvolles Instrument**, um die Unerlässlichkeit und ethische Vertretbarkeit dieser Tierversuche kritisch zu überprüfen. Aus Sicht der Fraktion GRÜNE soll das Fachforum inhaltlich möglichst breit und offen gestaltet sein. Es sollte sich unter anderem mit dem Thema einer ganzheitlichen Bewertung der Belastungen für die Tiere, mit der Orientierung am 3R-Ziel (Vermeidung und Verminderung von Tierversuchen, Verbesserung der Haltungsbedingungen), mit alternativen Methoden ohne Primatenversuche und mit einer Nutzenabschätzung der Tübinger Versuche befassen.
- Unterstützt werden kann ein solches Fachforum durch **externe Gutachten** zum einen zu der ganzheitlichen, d.h. auch verhaltenswissenschaftlich betrachteten, Belastungssituation der Primaten in Tübingen und zum anderen zu (wissenschaftlich begründeten) Maßstäben für eine Nutzenabschätzung der Ergebnisse der Tübinger Versuche. Die Fraktion GRÜNE fordert die Landesregierung auf, entsprechende Gutachten nach Vorarbeiten durch das Fachforum einzuholen. Diese Gutachten sind wichtige Elemente für die kritische Überprüfung der ethischen Vertretbarkeit und Unerlässlichkeit der Tübinger Experimente an nicht-menschlichen Primaten.
- Die Fraktion GRÜNE erachtet eine **öffentlich zugängliche Datenbank für Forschung mit Tierversuchen**, wie sie im neuen Tierschutzgesetz geplant ist, für sinnvoll. Die Fraktion Grüne begrüßt in diesem Sinne ebenso die von der Landesregierung geplanten Maßnahmen für eine stärkere Transparenz der Forschungsförderung.
- Die Fraktion GRÜNE schlägt vor, das **Forschungsprogramm „Alternativen zu Tierversuchen“** von MLR und MWK fortzuführen und sowohl an der konkreten Methodenentwicklung als auch verstärkt an der sozialwissenschaftlichen und wissenschaftsethischen Forschung auszurichten. Sie strebt an, den Mittelansatz von derzeit 400.000 € zu erhöhen und dauerhaft in den Haushaltsplänen zu verankern.
- Die Fraktion GRÜNE bittet das MWK, in der Begleitung der dritten Säule der Exzellenzinitiative in Tübingen (**Zukunftskonzept „Research – Relevance – Responsibility“**) anzuregen, dass die Universität Tübingen eine breit angelegte öffentliche Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Relevanz und Verantwortung von tiereperimenteller Forschung organisiert.
- Die Fraktion GRÜNE erwartet von der Landesregierung, regelmäßig über den **Sachstand** in der Umsetzung der genannten Maßnahmen sowie über Änderungen bezogen auf die

Primatenversuche in Tübingen informiert zu werden, insbesondere im Hinblick auf die im Bundesgesetzgebungsprozess ergriffenen Initiativen, Ergebnisse von Gesprächen mit den Hochschulleitungen und den Fahrplan zur Umsetzung des Koalitionsvertrags.